

Anrede...

gegenüber den letzten Jahren hat sich die Haushaltslage unserer Gemeinde im Jahr 2018 deutlich verbessert. Die gute konjunkturelle Lage in Deutschland sorgt für Rekordeinnahmen der öffentlichen Hand, auch bei uns wirkt sich das aus. Darüber hinaus trägt natürlich die Erhöhung der Steuersätze, die wir im letzten Jahr durchgeführt haben zu einer stabilen Einnahmesituation bei. Die Zahlen der mittelfristigen Finanzplanung zeigen, dass diese Anpassung zu einer soliden finanziellen Basis unserer Gemeinde führt. Von daher war diese Steuererhöhung im letzten Jahr richtig.

Der Bürgermeister hat bei der Einbringung des Haushaltes darauf hingewiesen, dass wir ab 2018 keine Leistungen zur Finanzierung der Solidaritätsumlage mehr erbringen müssen. Auf Beschluss der neuen Landesregierung übernimmt das Land diese Zahlungen für die Folgejahre. Allerdings ist damit nicht geklärt, wie langfristig das Ungleichgewicht zwischen den Kommunen ausgeglichen werden kann. Wir mögen uns über den Wegfall dieser Aufwände freuen, letztendlich führt aber die Übernahme dieser Ausgaben durch das Land zu einer Verknappung der Mittel im Landeshaushalt. Das werden wir in Zukunft dann wahrscheinlich durch Kürzungen der Landesmittel auch hier bei uns wieder spüren.

In diesem Jahr steigen die Investitionen, die wir mit diesem Haushalt auf den Weg bringen, auf Rekordhöhe. Grunderwerb, Erweiterung der Zumbusch-Schule, Feuerwehrgerätehaus, Straßenbau - all das ist nötig und will finanziert sein.

Dazu kommt dann noch der Neubau eines Übergangwohnheimes in Pixel. Wie in der Vorlage der Verwaltung und den Diskussionen dazu deutlich gemacht wurde, sind wir dringend darauf angewiesen. Die Flächen im Industriegebiet können wir künftig nicht mehr nutzen weil die Ausnahmeregelungen dafür auslaufen. Manche sehen den Standort in Pixel kritisch. Wir haben aber keinen besseren. Wenn man sieht, welche Widerstände sich bei der Planung eines neuen Kindergartens oder bei einer vom Investor gewünschten Planänderung beim Bau von Sozialwohnungen ergeben, möchte ich mir nicht vorstellen, wie das bei einem Neubau eines Übergangwohnheims an einem anderen Standort aussehen würde.

Letztendlich sieht es wohl so aus, dass unser Rathaus dringend sanierungsbedürftig ist - in diesem Jahr geben wir erst mal Geld für eine Bestandsaufnahme bzw. ein Gutachten aus. Was sich daraus ergeben wird, werden wir danach sehen.

Das Geld für so große Investitionen haben wir natürlich nicht auf dem Sparkonto liegen sondern müssen die Maßnahmen über Kredite finanzieren. Der Anstieg der Verschuldung mag da auf den ersten Blick erschrecken. Auf der anderen Seite sind wir als Gemeinde derzeit in der glücklichen Lage, Kredite am Markt derzeit sehr sehr günstig aufnehmen zu können. Somit besteht die Möglichkeit, über entsprechende Tilgungsleistungen die Kredite in absehbarer Zeit zurück

zu zahlen. Den Krediten stehen ja auf der anderen Seite entsprechende Werte gegenüber, auch wenn man ein Schulgebäude nicht einfach am Immobilienmarkt wieder verkaufen kann.

Beim Projekt Breitband leisten wir die erforderliche Eigenkapitaleinlage und finanzieren jetzt schon einen Anschluss des Industriegebietes vor. Es geht also los mit dem schnellen Internet in Herzebrock-Clarholz. Eine wichtige Investition für die Zukunft unserer Gemeinde. Die Verbesserung der Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger wird damit realisiert. Der nächste Schritt ist dann die Planung für den dritten Bauabschnitt. Wir verfolgen weiterhin das Ziel eines flächendeckenden Breitbandnetzes in der gesamten Gemeinde. Das Thema Digitalisierung nahm auch bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin einen breiten Raum ein. Wir sind hier vor Ort ganz vorne dabei, indem wir Glasfaser bis in die Häuser bringen.

Die Verhandlungskommissionen von SPD und CDU/CSU haben sich auf einen Koalitionsvertrag geeinigt. Falls die Gremien der CDU und die Mitglieder der SPD dem zustimmen, wird im März eine Regierung gebildet und kann ihre Arbeit aufnehmen.

Die Verhandlungspartner haben sich auf viele Punkte geeinigt, die auch Auswirkungen im kommunalen Bereich haben werden. So sieht das Papier u.a. vor, Investitionen in Bildung vorzunehmen, insbesondere in Ganztagsbetreuung von Grundschulern. Ich denke, dass wir vor Ort damit die Ganztagsbetreuung von Grundschulern weiter ausbauen können. Die Nachfrage danach wird in den nächsten Jahren wachsen.

Der Wohnungsbau soll durch Erhöhung des Baukindergeldes und durch zusätzliche Mittel für den sozialen Wohnungsbau gefördert werden. Bezahlbarer Wohnraum liegt auch uns vor Ort am Herzen. Die Nachfrage danach ist nicht nur in den Städten groß, auch auf dem Lande sieht man, dass die Nachfrage größer als das Angebot ist.

Wir investieren im vorliegenden Haushalt massiv in den Erwerb von Flächen um auch zukünftig bezahlbare Grundstücke für Bauwillige anbieten zu können. Dabei ist es wichtig, von vornherein Flächen für öffentlich geförderten Wohnungsbau auszuweisen. Das, was wir in den letzten realisierten Baugebieten angefangen haben, muss konsequent weiter entwickelt werden. Dabei müssen wir darauf achten, von Anfang an Festsetzungen in den Bebauungsplänen zu machen, die auch den Bedarf an kleineren Wohnungen berücksichtigen. Mögliche Bauträger sollten schon in die Aufstellung der Pläne eingebunden werden. Im Nachhinein Änderungen vorzunehmen, verursacht Ärger und Widerstand bei den Menschen, die in einem Bebauungsgebiet investiert haben.

Sozialer Wohnungsbau bedeutet nicht zwangsläufig, dass dort ein Problembereich entsteht, neben dem niemand gern wohnen möchte. Die Häuser der KHW an der Berliner und Leipziger Straße zeigen, dass eine gute Integration in die umliegende Bebauung und ein gutes Miteinander der Menschen möglich sind.

Trotzdem sollte eine Ballung von öffentlich geförderten Wohnungen an einer Stelle im Baugebiet vermeiden werden. Vielmehr müssen wir bei der Planung darauf achten, eine gute Mischung im gesamten Planbereich sicher zu stellen. Da können wir aus den Erfahrungen der letzten Baugebiete lernen und einiges weiter verbessern.

Alles in allem haben wir es in diesem Jahr mit einem Haushaltsplan zu tun, der von einer ordentlichen Einnahmesituation und großen Investitionen geprägt ist - eine gute Grundlage für die Arbeit der Verwaltung und der Ratsgremien in diesem Jahr. Bleibt zu hoffen, dass die gute Wirtschaftslage auch in den kommenden Jahren anhält.

Abschließend möchte ich wie immer der Verwaltung für die gute Vorarbeit, den Ausschüssen für die offenen und konstruktiven Diskussionen, und natürlich Ihnen, für Ihre Aufmerksamkeit heute Abend, herzlich danken.

Heinz Willikonsky, Februar 2018